

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 2 · 42. Jahrgang · 15. Wahlperiode · 2.2.2011

Finanz-Fragen

S. 3, 4, 15

Aufregung um den Haushalt: Der Verfassungsgerichtshof verbietet vorerst neue Schulden, der Finanzminister hat 1,3 Milliarden Euro mehr, und die CDU fordert eine Schuldenbremse in der Landesverfassung.

Dioxin-Debatte

S. 5

Bund und Länder haben sich angesichts des Dioxin-Skandals auf einen gemeinsamen Aktionsplan geeinigt. Bei der Landtagsdebatte über dieses Thema kommt auch die Zukunft der Landwirtschaft zur Sprache.

Knappe Kassen

S. 8-11, 13

Auch in den Städten und Gemeinden ist vielerorts das Geld äußerst knapp. Wie kann sich die Situation entspannen? Abgeordnete und Sachverständige beraten die Lage und diskutieren Probleme und Auswege.

Ruhr-Kultur

S. 18

Im vergangenen Jahr hat das Ruhrgebiet gezeigt, wie viel Kultur in ihm steckt. Die Abgeordneten ziehen mit den Ruhr.2010-Geschäftsführern im Ausschuss eine positive Bilanz und blicken in die Zukunft.

Kommunen in der Klemme

Landtag berät Probleme und Auswege



Lokal verwurzelt

Ob Theater, Straßenbahn oder Müllabfuhr – eines ist diesen Leistungen gemeinsam: Sie sind Sache der Kommunen, den bürgernahsten Einheiten öffentlicher Verwaltung. Städte und Gemeinden organisieren das Leben der Menschen vor Ort, bestimmen zumindest in Teilen eigenverantwortlich, ob und wie viel Geld sie wofür ausgeben. Sie pflegen die örtliche Kultur und sind wichtige Arbeitgeber. Kommunen sind nah dran, schlagen die Brücke zwischen Politik und dem Alltag der Menschen.

Darüber hinaus bilden Städte und Gemeinden die Basis der Demokratie. Bürgerinnen und Bürger entscheiden hier mit ihrer Stimme auf unterster Ebene, wie sich die Stadt- oder Gemeinderäte zusammensetzen, und somit darüber, wie es unmittelbar vor Ort weiterläuft. Da geht es zum Beispiel um ausreichend Kindergartenplätze, veraltete Schwimmbäder oder schrumpfende Schülerzahlen.

ANWALT DER KOMMUNEN

Auch auf Landesebene sind diese kommunalen Themen präsent: Die Landtagsabgeordneten vertreten im Parlament die Interessen der Menschen aus ihren Wahlkreisen. Viele von ihnen sind zudem kommunalpolitisch aktiv, zum Beispiel als Mitglieder in den Stadträten. Auf diese Weise ist das Landesparlament lokal verwurzelt. Folglich spielen die Sorgen und Nöte der Kommunen

in der Arbeit des Landtags eine entscheidende Rolle – nicht zuletzt auch deshalb, weil in Deutschland die jeweiligen Bundesländer per Grundgesetz für Kommunalrecht und -aufsicht zuständig sind.

Eine Aufgabe, die den Landtag wegen zahlreicher klammer kommunaler Kassen immer stärker herausfordert – vielerorts ist die Belastungsgrenze erreicht. Die Schuldenberge in Städten und Gemeinden sind mittlerweile so hoch, dass es derzeit in ganz Nordrhein-Westfalen nur acht Kommunen gelingt, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Diesen Themenkomplex greift die neue Ausgabe von Landtag Intern auf: Kann das Land Kommunen noch stärker fürs Sparen begeistern? Geben die Haushalte dies überhaupt noch her? Muss sich das Verhältnis von Bund, Land und Kommunen strukturell verändern? Darüber hinaus diskutieren die Abgeordneten im Parlament derzeit über eine mögliche Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes sowie über Chancen einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Kommunen. Der von den Befürwortern prophezeite Effekt: durch Synergien Kosten sparen.

Städte und Gemeinden sind also als unverzichtbare staatliche Leistungsträger ein zentrales Thema des Landtags. Sie sind wichtig, damit das Zusammenleben in einer komplexen Gesellschaft funktionieren kann. Wie sagte Aristoteles einst so schön: Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile. Aber genauso stimmt auch: Ohne die vielen großen und kleinen Kommunen fehlten dem Landtag seine lokalen Wurzeln.

bra



Schwerpunkt: Kommunen in der Klemme

Teamwork unter Städten	8
Causa Kommunalfinanzierung	9
Schlag auf Schlag	10-11
„Irgendwann ist die Zitrone ausgepresst“	13

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

Haushalt I: Rückstellungen mit Risiko	3
Haushalt II: Schuldenbremse! Aber wie?	4
Verbraucherschutz: Lehren aus dem Lebensmittel-Skandal	5
Parteien: Kein Ende der Beobachtung	6
Straßen: Eiskalt erwischt	7

Aus den Ausschüssen:

Meldungen	14
Haushalt III: Der Finanzminister und die „böse Zahl“	15
Kultur: Lob an die „Ruhris“	18
Gesetzgebung	12
Aus den Fraktionen	16-17
Porträt: Karl-Josef Laumann (CDU)	19
Impressum	19
Termine	20

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (Mitte) und ihre Stellvertreterin Sylvia Löhrmann verfolgen die Rede des Finanzministers im Plenum.

Rückstellungen mit Risiko

Gerichtsentcheid zum Nachtragshaushalt spaltet Landtag

19. Januar 2011 – Der Verfassungsgerichtshof des Landes NRW hat auf Antrag von CDU und FDP der Regierung in einer einstweiligen Anordnung untersagt, vor dem endgültigen Urteil weitere Kredite auf der Basis des Nachtragshaushalts 2010 aufzunehmen. Die Landesregierung unterrichtete den Landtag über Inhalt und Konsequenzen der jetzigen Entscheidung. In der darauf folgenden Debatte werteten CDU und FDP die Haushaltspolitik der Regierung unter anderem als „krachend gescheitert“. SPD und Grüne erklärten den Nachtragshaushalt zur Schlussbilanz der abgewählten schwarz-gelben Regierung. Die Linksfraktion wiederum sah es nicht als Aufgabe eines Gerichts an, eine ökonomische Interpretation der Lage vorzunehmen.

Eine deutliche Absage, so Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD), habe der Verfassungsgerichtshof dem Versuch von CDU und FDP erteilt, die Handlungsfähigkeit der Landesregierung zu torpedieren. Die einstweilige Verfügung bedeute lediglich, dass der Haushaltsabschluss 2010 „um wenige Wochen“ verzögert werde und dass bis zum endgültigen Urteil keine weiteren Kredite zur Finanzierung von Positionen des Nachtragshaushalts aufgenommen werden dürften. In allen anderen Punkten, und das seien die zentralen, sei der Antrag der Opposition abgelehnt worden.

Die bisherige Finanzpolitik der Regierung Kraft sei gescheitert, meinte dagegen Karl-Josef Laumann (CDU). Jetzt müsse diese umdenken und für die Jahre 2010 und 2011 verfassungskonforme Haushalte mit einer möglichst niedrigen Neuverschuldung aufstellen. Wenn das nicht möglich sei, müsse man die Regierung als gescheitert ansehen und die Entscheidung über deren Politik in einem Wahlkampf herbeiführen. Vor

allem wandte sich der CDU-Sprecher gegen eine Politik der Versprechungen, die sich nicht an der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Verschuldungsgrenze orientiere.

„Wir werden weiter regieren.“ Norbert Römer (SPD) verband mit der einstweiligen Verfügung keine Regierungskrise. Im Gegenteil: Die jetzige Gerichtsentcheidung betreffe einen Nachtragshaushalt, der kein einziges politisches Projekt der neuen Koalition, sondern die Schlussabrechnung der abgewählten CDU/FDP-Regierung darstelle. Aufgrund deren „verfehlter Regierungspolitik“ müsse man nun viel Geld in die Hand nehmen. Auch Römer betonte, der Verfassungsgerichtshof habe dem Antrag, den Vollzug des Nachtragshaushalts in der Sache auszusetzen, „eine klare Absage erteilt“.

Als „Teilerfolg“ für die Antragsteller von CDU und FDP verstand Reiner Priggen (Grüne) die Entscheidung des Gerichtshofs. Mit Blick auf die verfassungswidrigen Haushalte in deren Regierungszeit

dürften sie sich aber nicht als Hüter der Verfassung aufspielen. Schließlich sei der Nachtragshaushalt das Ergebnis ihrer Politik; sie hätten – vor der Landtagswahl – nicht alle notwendigen Ausgaben eingeplant. Ebenso kritisierte Priggen die von CDU und FDP mitgetragenen Belastungen von jährlich rund 880 Millionen Euro durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes.

Als „Durchhalteparolen“ wertete Dr. Gerhard Papke (FDP) dagegen die Stellungnahmen der Regierungsfractionen zur einstweiligen Anordnung. Deren Haushaltspolitik, das Fundament jeder Regierung, sei zusammengebrochen „wie ein Kartenhaus“, und trotzdem ziehe „die Karawane“ – wie die Debatte deutlich mache – einfach weiter. Die inhaltlichen und rechtlichen Erklärungen der Landesregierung zu ihrem Nachtragshaushalt seien vom Gericht „in allen Details zerpfückt“ worden. „Schluss mit der hemmungslosen Verschuldung“, forderte Papke für die zukünftige Haushaltspolitik.

Politisch gesehen sei die Gerichtsentcheidung „fatal“, meinte Wolfgang Zimmermann (Linke). Die Politik von CDU und FDP habe keine Mehrheit im Land, die Wählerinnen und Wähler hätten sich gegen „Kürzungsexzesse“ und stattdessen für nachhaltige Investitionen entschieden. Die heutigen schwarz-gelben Oppositionsparteien versuchten nun über eine Klage, das Parlament handlungsunfähig zu machen. Dabei bedeute der jetzt in Rede stehende Nachtragshaushalt einen ersten, vorsichtigen Schritt in die richtige Richtung. Daher lehnte der Linken-Sprecher „Kürzungshaushalte“ ab.

„Es wäre Ihre Aufgabe, sich an unsere Seite zu stellen“, wandte sich Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) an CDU und FDP. Schließlich sei der jetzt beklagte Nachtragshaushalt die Endabrechnung deren Regierungszeit, kein Stück eigener rot-grüner Politik. Es sei richtig, mit Blick auf hohe Risiken wie bei der WestLB Vorsorge zu betreiben. Daher hätte auch Schwarz-Gelb in deren Regierungszeit entsprechende, über Kredite finanzierte Rückstellungen gebildet. Auch jene könnten sich nun, je nach abschließendem Urteil, als nicht verfassungsgemäß erweisen. *cw*

Mehr zum Thema lesen Sie auf Seite 15.

Fotos: Schälte

Karl-Josef Laumann
(CDU)

Norbert Römer
(SPD)

Reiner Priggen
(Grüne)

Dr. Gerhard Papke
(FDP)

Wolfgang Zimmermann
(Linke)

Schuldenbremse! Aber wie?

Landtag debattiert über CDU-Gesetzentwurf

20. Januar 2011 – Der Countdown läuft: Ab dem Jahr 2020 müssen Bund und Länder ihre Haushalte ohne neue Kredite ausgleichen. So steht es seit fast zwei Jahren im deutschen Grundgesetz und gilt damit bundesweit. Die CDU-Fraktion in NRW möchte diese Schuldenbremse zusätzlich in der Landesverfassung verankern. Im vergangenen Jahr war die damalige schwarz-gelbe Regierung bei dem Versuch, die Kreditregel festzuschreiben, an der für eine Verfassungsänderung notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit gescheitert – Zeit für einen neuen Anlauf (Drs. 15/1068).

„Für Sie scheint Sparen ein Glücks- oder Zufall zu sein“, warf **Daniel Sieveke** (CDU) dem Finanzminister vor. Doch ohne eine landeseigene Schuldenregel werde es NRW nicht gelingen, ab 2020 plötzlich den durch das Grundgesetz vorgeschriebenen Stopp der Neuverschuldung einzuhalten. In den vergangenen 15 Jahren sei der Schuldenberg des Landes von 66 auf 130 Milliarden Euro angewachsen. „Darum brauchen wir die Schuldenbremse“, forderte der Abgeordnete. Andere Bundesländer hätten dies schon vorgebracht. Das Prinzip sozialer Prävention durch Schulden sei jedenfalls gescheitert. Die Initiative seiner Fraktion beschrieb Sieveke als Einladung an die „Koalition der Einladung“.

Der „dünne“ und „zusammengeschusterte“ Gesetzentwurf aus dem vergangenen Jahr habe zu Recht keine Zwei-Drittel-Mehrheit erhalten, betonte **Prof. Dr. Rainer Bovermann** (SPD). Nun tauche er in überarbeiteter Form wieder auf, gehe aber inhaltlich über die Vorschriften des Grundgesetzes nicht hinaus und lasse nach wie vor viele Details offen. Für seine Fraktion komme nur eine Regelung in Frage, die die Kommunen finanziell absichere. Darüber hinaus kritisierte Bovermann die CDU dafür, mit zweierlei Maß zu messen: „Auf der einen Seite haben Sie bei den Schulden selber Gas gegeben, aber nun, bei einer anderen Regierung, möchten Sie auf die Bremse treten.“

Auch **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne) warf der ehemaligen schwarz-gelben Regierung vor, die

Schulden des Landes in Zeiten bester Konjunktur weiter in die Höhe getrieben zu haben. Damit habe die CDU ihren nun eingebrachten Vorschlag selbst verfehlt. Dennoch sagte Mostofizadeh: „Wir werden uns der Debatte nicht verschließen.“ Dabei müsse es vor allem darum gehen, ein konkretes Konzept auf die Beine zu stellen, wie bestimmte Konsolidierungsziele in den kommenden Jahren überhaupt zu erreichen seien. Dies fehle in dem vorgelegten Gesetzentwurf bisher ebenso wie eine schützende Barriere in Richtung der Kommunen, kritisierte der Grünen-Abgeordnete.

In der Sache teile sie das Anliegen und das Ziel der CDU, sagte **Angela Freimuth** (FDP). Es sei absolut notwendig, die nicht mehr „passenden“ Regeln in der Landesverfassung zu verändern. Gleichzeitig plädierte Freimuth für einen veränderten Politikstil: Über Jahre hinweg seien immer wieder neue Schulden gemacht worden, ganz unabhängig von der jeweiligen Konjunktur. „Jede politische Farbe hat ihren Beitrag dazu geleistet“, betonte Freimuth. Wenn das so weitergehe, sitze NRW im Jahr 2020 auf einem tatsächlich nicht mehr zu finanzierenden Schuldenberg von rund 160 Milliarden Euro. „Spätestens dann befinden wir uns in einer völligen Ohnmacht.“

„Willkommen in der Opposition!“, rief **Rüdiger Sagel** (Linke) den Fraktionen von CDU und FDP zu. Fünf Jahre lang habe Schwarz-Gelb neue Landesschulden aufgenommen, nun

solle der 130 Milliarden-Euro-Schuldenberg plötzlich schrumpfen. „Das ist Ihre sogenannte Haushaltskonsolidierungspolitik“, kritisierte der Linke. Zudem hätten CDU und FDP aus den vergangenen Jahren nichts gelernt: Anstatt sich etwa zusammen mit den Linken für mehr Beschäftigte in der Finanz- und Steuerprüfung und damit für zusätzliche Einnahmen einzusetzen, wollten sie den Staat offenbar kaputtsparen. Sagel wies den Gesetzentwurf der CDU daher als reinen „Show-Antrag“ zurück.

Die öffentlichen Haushalte seien zu hoch verschuldet, bestätigte auch **Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD). Den Gesetzentwurf der CDU bezeichnete er allerdings als Selbstbetrug. Dies sei der Versuch, einfach mit geschlossenen Augen loszulaufen – Hürden und Probleme blieben unberücksichtigt. Die Landesregierung bekenne sich zu einer nachhaltigen Finanz- und Kreditpolitik des Staates, betonte der Minister. Aber es sei unehrlich, wenn sich der Staat ständig neue Regeln setze, solange nicht klar sei, wie er sie überhaupt umsetzen könne. Um dies zu erreichen, forderte Walter-Borjans eine breite fraktionsübergreifende Diskussion. bra

Der Landtag hat den Gesetzentwurf (Drs. 15/1068) zur Beratung an den federführenden Haupt- und Medienausschuss sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss, den Rechtsausschuss und den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen.

Lehren aus dem Lebensmittel-Skandal

Landtag debattiert neben dem bundesweiten Aktionsplan auch die Zukunft der Landwirtschaft

19. Januar 2011 – Einen Tag, nachdem die Verbraucherschutzministerinnen und -minister der Länder und des Bundes einen gemeinsamen 14-Punkte-Plan beschlossen und damit Lehren aus dem Dioxin-Skandal gezogen haben, unterrichtet die Landesregierung das Parlament darüber, wie sie zu dem Plan steht und was nun zu tun sei. Teile der Opposition vermuten politische Absichten hinter den Äußerungen des Verbraucherschutzministers: Er instrumentalisire den Skandal, um die Weichen für mehr Bio-Landwirtschaft zu stellen.

Falls der Aktionsplan tatsächlich umgesetzt werde, markiere er einen Wendepunkt, prophezeite Verbraucherschutzminister Johannes Remmel (Grüne). Er bekräftigte die darin enthaltene Trennung der Produktionskreisläufe für Industriestoffe und Lebensmittel, bessere Kontrollen und eine Zulassungspflicht: „Was für jede Frittenbude gilt, muss auch für Futtermittelhersteller gelten.“ Das System der Lebensmittelindustrie lade allerdings zu kriminellen Handlungen ein, meinte Remmel. Den politischen Auftrag sah er deshalb darin, Betriebe zu unterstützen, die nachhaltiger, tierfreundlicher und ökologischer produzieren wollten.

„Die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger ist für uns als CDU-Landtagsfraktion das höchste Gut“, unterstrich Christina Schulze Föcking. Wer des Profites wegen mit der Gesundheit der Menschen spiele, müsse die ganze Härte des Gesetzes zu spüren bekommen, einschließlich Berufsverbot und Haftstrafen. Aber die moderne Landwirtschaft lasse sich ebenso wenig zurückdrehen wie andere Wirtschaftszweige. „Hier die guten Ökos und dort die bösen Konventionellen – so geht das nicht“, kritisierte sie den Minister. Landwirtinnen und Landwirte, Verbraucherinnen und Verbraucher sollten Wahlfreiheit haben, forderte die Landwirtin.

Manche Preise für Fleisch würden ihm den Appetit verderben, beschrieb André Stinka (SPD) aus seiner Sicht den Kern des Problems. Für die Landwirte bleibe bei einem gnadenlosen Preisdruck kaum etwas übrig. „Wie viel ist uns eigentlich Ernährung wert? Wie viel ist uns die Arbeit auf den Bauernhöfen eigentlich wert?“, wollte Stinka wissen. Das seien Fragen, die man stellen müsse, anstatt den einen gegen den anderen auszuspielen. Der SPD-Sprecher zog das Motto „Wachsen oder weichen“, das die Landwirtschaft wie ein Mantra vor sich hertrage, in Zweifel. Außerdem forderte er ein besseres Verbraucherinformationsgesetz.

Eigenkontrollen der Wirtschaft und deren Zertifikat „Qualität und Sicherheit“ hätten die mo-

natelangen Dioxin-Mischungen des Skandal-Betriebs nicht verhindert, erklärte Norwich Rübe (Grüne). Die Bauern fragten sich daher, was dieses Zertifikat noch wert sei, für das sie schließlich bezahlen müssten. Rübe hielt staatliche Kontrollen für sinnvoller, da der Staat keine Rücksicht auf wirtschaftliche Interessen oder Freundschaften nehmen müsse. Da am Weltmarkt nur die niedrigsten Preise gewannen, forderte der Landwirt, die Landwirtschaft wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen und Klasse statt Masse zu produzieren.

Kai Abruszat (FDP) verurteilte die kriminelle Energie, die zum Dioxin-Skandal geführt habe. In der Folge werde nun eine ganze Branche kriminalisiert. Er warnte vor einer trügerischen Sicherheit

durch staatliche Kontrollen, da auch diese nicht alle Betriebe abdecken könnten. Auch „sozialromantische“ Ökolandwirtschaft sei nicht die Zukunft, meinte er, denn damit seien keine 18 Millionen Menschen zu versorgen. Um das Übel an der Wurzel zu packen, müsse sich der Verbraucher seiner Marktmacht bewusst werden, meinte der FDP-Sprecher und empfahl eine entsprechende Verbraucherbildung ab dem Kindesalter.

Die Risiken der industriellen Massentierhaltung müssten klar werden, forderte Hamide Akbayir (Linke). Bio-Lebensmittel könnten sich viele Menschen jedoch nicht leisten. Akbayir regte unter anderem eine aktive Informationspflicht der Behörden und eine bessere Ausstattung der Lebensmittelkontrolle an. Für erforderlich hielt die Linke zudem ein staatlich kontrolliertes Zertifizierungssystem für die gesamte Produktionskette „vom Acker bis zum Teller“, das von der Branche finanziert werden solle. Akbayir forderte Vorfahrt für den Verbraucherschutz und eine andere Förderpolitik: „Wir wollen keine Tierfabriken mehr.“

SOW

Ein Entschließungsantrag von SPD, Grünen und Linken (Drs. 15/1140) wurde mit deren Stimmen mehrheitlich angenommen, CDU und FDP stimmten dagegen. Die Abgeordneten diskutierten am selben Tag ein weiteres Landwirtschaftsthema und beschlossen bei gleichem Abstimmungsverhalten einen Antrag der beiden Koalitionsfraktionen, nach dem NRW zur gentechnikfreien Zone erklärt werden soll (Drs. 15/1060).

Foto: Schälte



Kein Ende der Beobachtung

Aus unterschiedlichen Gründen lehnen Fraktionen Antrag der Linken ab

19. Januar 2011 – Die Partei Die Linke wird zumindest in Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet. Mit Verweis auf ihr Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung forderte die Linksfraktion den Landtag auf, dies zu stoppen (Drs. 15/1064). Die anderen Fraktionen lehnten ab, teils mit der Begründung, die beobachteten Gruppen innerhalb der Partei seien nach wie vor extremistisch, teils mit Verweis auf die Gewaltenteilung. Des Weiteren beantragte die Linke, dass sie ein Fraktionsmitglied in das Gremium zur Kontrolle des Verfassungsschutzes entsenden könne (Drs. 15/1066).

Die Beobachtung der Partei Die Linke durch das Innenministerium NRW, so **Bärbel Beuermann** (Linke), stigmatisiere und diskreditiere Tausende von Parteimitgliedern und die Wählerschaft der Linken als verfassungsfeindlich. Sie würden zu Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern „zweiter Klasse“. So werde eine Partei, die den Kapitalismus kritisiere und Alternativen aufzeige, als staatsfeindlich erklärt, meinte die Linken-Sprecherin. Die Partei Die Linke bekenne sich dagegen unmissverständlich zu den Werten, die eine freiheitliche, demokratische Grundordnung bildeten, sowie zu den Grundrechten, zur Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit.

Theo Kruse (CDU) betonte, die Verfassungsgerichte und die Verfassungsschutzämter seien unabdingbar für den Schutz der freiheitlichen Demokratie. Der Verfassungsschutzbericht des Landes NRW verdeutliche, dass es bei der Partei Die Linke insbesondere im Landesverband NRW Anhaltspunkte für den Verdacht auf linksextremistische Bestrebungen gebe. In ihr versammelten sich auch solche, die außerhalb der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stünden. Sie sei ein „Sammelbecken linksextremistischer Sektierer“, die auf die „Wiederbelebung eines totalitären Staatssozia-

lismus“ abzielten. Hiervon müsse sich die rot-grüne Regierung klar distanzieren.

Man verstehe die Verfassungsschutzbehörde nicht als „Wurmfortsatz“ des Parlaments oder einer Regierung, meinte **Wolfram Kuschke** (SPD). Daher müsse eine Aufforderung des Landtags, eine bestimmte Beobachtung einzustellen, folgenlos bleiben. Es liege an der Linken selbst, ob sie beobachtet werde oder nicht. Sie müsse sich in der Kommunismus-Debatte so positionieren, dass ihr Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung deutlich werde. Allerdings bestehe der Lackmустest für eine Demokratie nicht im Verfassungsschutz, sondern in der Möglichkeit zu Wort und Widerwort im Parlament, meinte Kuschke an seinen CDU-Vorredner gerichtet.

Bei Anhaltspunkten für den Verdacht einer extremistischen Bestrebung sei eine Beobachtung notwendig, erklärte **Monika Düker** (Grüne) den gesetzlichen Handlungsauftrag des Verfassungsschutzes. Der Landtag könne und dürfe seine Behörden nicht dazu auffordern, gegen eine eindeutige Rechtsprechung zu handeln. Mit Verweis auf den „äußerst geschützten und vertraulichen“ Rahmen für die parlamentarische Kontrolle geheimdienstlicher Tätigkeiten

unterstrich Düker die Notwendigkeit einer Zweidrittelmehrheit für die Wahl in dieses Gremium. Eine „Lex Linke“, die eine einfache Entsendung ohne demokratische Legitimation ermöglichen solle, lehnte sie ab.

Die Linke zeige ein „verqueres Staatsverständnis“, bewertete **Dr. Robert Orth** (FDP) die Anträge der Linksfraktion. Das parlamentarische Kontrollgremium habe sich nie in die Frage eingemischt, wer kontrolliert werde und wer nicht. Dies sei Ausdruck der Gewaltenteilung. Bisher hätten das Verfassungs- und das Verwaltungsgericht alle Versuche abgewiesen, die aktuelle Beobachtung einzustellen. Sieben der elf Linken-Abgeordneten seien in als extremistisch eingestuften Organisationen tätig. An SPD und Grüne gerichtet meinte Orth, eine Partei mit vom Verfassungsschutz beobachteten Extremisten in ihren Reihen eigne sich nicht zur Mehrheitsbeschaffung.

Extremismus sei nicht verboten, führte **Innenminister Ralf Jäger** (SPD) aus. Das Grundgesetz gewähre auch Kräften, die sich nicht zur Verfassung bekennen würden, Meinungsfreiheit. Aufgabe des Verfassungsschutzes sei es, frühzeitig über solche Bestrebungen zu informieren. Die meisten Gruppen innerhalb der Partei Die Linke setzten sich für politische Ziele ein, die dem demokratischen Wertekontext entsprächen. Aber es gebe auch jene, die den Verdacht nahelegten, dass sie verfassungsfeindliche Ziele verfolgten. Diese – nicht die gesamte Partei – würden beobachtet, und zwar ohne dass der Verfassungsschutz dabei einen Ermessensspielraum hätte. CIV

Der Antrag (Drs. 15/1064) wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU und FDP gegen die Stimmen der Linksfraktion abgelehnt, der Gesetzentwurf (Drs. 15/1066) wurde an den Haupt- und Medienausschuss überwiesen.

Zu Studienzwecken ...

... waren Mitglieder des NRW-Landtagspräsidiums am 24. und 25. Januar 2011 beim Bayerischen Landtag in München. Die Informationsfahrt galt vor allem dem neu gestalteten Plenarsaal, speziell Fragen der Barrierefreiheit, der Art der Bestuhlung, dem Parlamentsfernsehen und der Nutzung von Computern in den Landtagssitzungen. Das Foto zeigt Präsident Eckhardt Uhlenberg (CDU) und die Vizepräsidentinnen (v. l.) Gunhild Böth (Linke), Carina Gödecke (SPD) und Angela Freimuth (FDP).

Foto: Dr. Wolfgang Gärtner



Eiskalt erwischt

Landtag diskutiert über winterbedingte Straßenschäden

Foto: Bertold Werkmann, Fotolia

19. Januar 2011 – Der Winter ist längst noch nicht vorbei, doch auf den Straßen haben Schnee und Eis bereits tiefe Spuren hinterlassen. Spuren, die die Landesregierung nach Ende der Frostperiode umgehend analysieren müsse, fordert die CDU-Fraktion in einem Antrag (Drs. 15/1072). Auch sei mehr Geld notwendig, um die aufgesprungenen Straßen nachhaltig auszubessern. Die bisherigen Notreparaturen reichten langfristig nicht aus.

„Schlaglöcher über Schlaglöcher tun sich auf“, beschrieb **Olaf Lehne** (CDU) die Folgen der Kälte. Problematisch sei dies vor allem wegen der leeren öffentlichen Kassen. Hinzu komme, dass verschiedene SPD-Regierungen vor 2005 die Landesstraßen über Jahrzehnte hinweg hätten verwaarlosten lassen. „Die Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen ist mehr als gefährdet“, betonte Lehne. Das kürzlich von Verkehrsminister Harry Kurt Voigtsberger vorgestellte Elf-Punkte-Programm reiche nicht aus. Stattdessen müsse die Landesregierung Schäden systematisch erfassen und noch vor dem nächsten Winter beheben. Zudem forderte er den Neubau von Straßen, um Lücken im Verkehrsnetz zu schließen.

Der Landesbetrieb Straßen NRW habe längst begonnen, Schlaglöcher zu flicken, betonte **Jürgen Berghahn** (SPD): „Dazu braucht es nicht Ihre Aufforderung.“ Nachhaltige Reparaturen folgten, sobald sich das Wetter bessere – entsprechende Gelder seien bereits eingeplant. Zudem lobte Berghahn die Landesregierung dafür, dass diese die Straßen zunächst ausbessern und erst dann neue bauen wolle. Nur so könne das Land einen weiteren Sanierungsstau verhindern. Gleichzeitig warf Berghahn der CDU vor: „Die Winterschäden aus den Jahren 2009 und 2010 und des jetzigen Wintereinbruchs decken Ihre Versäumnisse der vergangenen Jahre nun auf“ – und trieben die Reparaturkosten in die Höhe.

„Thema verfehlt“, meinte auch **Arndt Klocke** (Grüne). Alles, was die CDU in ihrem Antrag fordere, stehe schon im rot-grünen Koalitionsvertrag: Die Sanierung komme – der Antrag sei damit hinfällig. Darüber hinaus kritisierte der Grüne, dass die CDU offen lasse, was sie selbst in ihrer fünfjährigen Regierungszeit in Sachen Straßennetz getan habe: „Warum ist der Landesbetrieb Straßen NRW so runtergewirtschaftet?“ Auch hätten die Kommunen schlichtweg zu wenig Geld, um ihren löchrigen Asphalt auszubessern, so Klocke. Dies liege auch daran, dass die NRW-CDU ihre Bundesregierung offenbar nicht davon überzeugen könne, den Städten bei den Soziallasten zu helfen.

Die Debatte um Schlaglöcher und Co. werde jedes Jahr neu beginnen, wenn das Land die „Miserere der Straßenerhaltung“ nicht endlich löse, betonte **Dietmar Brockes** (FDP). Es müsse mehr passieren, als die Straßendecken provisorisch zu flicken. „Zunächst brauchen wir eine aktuelle Erhaltungsbedarfsprognose“, forderte der FDP-Abgeordnete. Auf dieser Grundlage müsse die Regierung dann eine Strategie entwickeln, mit der sie die Straßen nachhaltig winterfest machen könne. Dies fehle bisher. Zudem warf Brockes Rot-Grün vor, sich nach außen hin mit zusätzlichen Ausgaben für die Straßenerhaltung zu brüsten, dem Komplex Straßenbau und -erhaltung insgesamt aber Gelder zu entziehen.

„Die Schlaglöcher sind schon fast so tief wie die Haushaltslöcher in den Kommunen“, bemerkte

Bärbel Beuermann (Linke). Damit räche sich nun die „Flickschusterei“ der letzten Jahre: Den Städten fehle das Geld für den Straßenbau, so die Linke. Dazu habe insbesondere die ehemalige schwarzgelbe Regierung mit ihrer kommunalunfreundlichen Sparpolitik beigetragen. Zudem kritisierte Beuermann die CDU dafür, dass sie mehr Geld für den Straßenbau fordere, ohne zu erklären, wo dieses herkommen solle. Auch gab sie der SPD Recht: Erhalt gehe vor Neubau. Wenn nötig, müsse die Regierung daher für den Neubau geplante Mittel zugunsten von Sanierungen umschichten.

„Sie haben in den letzten fünf Jahren die Straßen zerfallen und verkommen lassen“, warf Verkehrsminister **Harry Kurt Voigtsberger** (SPD) der antragstellenden Fraktion vor. Der Zustand der Straßen sei schockierend. Doch die von der CDU beklagten Schlaglöcher gingen auf deren eigene Rechnung. „Wir sind natürlich dabei, wieder eine Erhebung durchzuführen“, sagte Voigtsberger. Er gehe davon aus, dass zwei Drittel der Landesstraßen schlecht bis sehr schlecht abschnitten. Deshalb habe die Regierung bereits umgesteuert, setze verstärkt auf Sanierung anstatt auf Neubau. Neue Straßen würden nichts bringen, solange das bestehende Netz nicht leistungsfähig sei. *bra*

Der Landtag hat den Antrag (Drs. 15/1072) mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Teamwork unter Städten

FDP appelliert an Städte und Gemeinden, stärker zusammenzuarbeiten, um Kosten zu sparen

20. Januar 2011 – Angesichts stark strapazierter Stadtkassen und Gemeindebudgets sucht der Landtag nach Möglichkeiten zur Linderung der akuten Finanznot in vielen Kommunen. Die FDP-Fraktion schlägt mehr interkommunale Zusammenarbeit vor, verweist auf erfolgreiche Beispiele und fordert, dies zu forcieren (Drs. 15/858). So solle als zentraler Ansprechpartner für die Kommunen im Innenministerium eine Projektgruppe eingerichtet werden. SPD, Grüne und Linke halten diesen Vorschlag für sinnvoll, aber längst nicht ausreichend.

Horst Engel (FDP) sah Bund und Land in der Pflicht, ihren Beitrag für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen zu leisten. Letztere müssten aber auch selbst Konsolidierungsmaßnahmen anstrengen. Für sinnvoller als „fantasielose Leistungskürzungen“ hielt er dabei strukturelle Veränderungen mit nachhaltigen Effizienzsteigerungen. In diesem Zusammenhang benannte er die interkommunale Zusammenarbeit als eine ausgezeichnete Möglichkeit. Gerade bei der Kernversorgung sah er erhebliche Potenziale zur Kostensenkung in den Kommunen. Mit Anreizen und gezielten Impulsen sollten solche Kooperationen unterstützt und gemehrt werden.

Da der Druck zur Kostensenkung wachse, fand auch Wiljo Wimmer (CDU), dass der Antrag in die richtige Richtung ziele. Kommunen, die mit anderen zusammenarbeiteten, täten dies aber auch als Akt der Notwehr gegen eine unzureichende Finanzausstattung. Staatlichen Zwang oder Druck zu erzeugen, um solche Zusammenarbeit zu verbreiten, hielt er deshalb für falsch. Hindernisse für die Kooperation sah er im Hang zur Besitzstandswahrung. Daneben stehe die Frage im Raum, ob bei einer solchen Zusammenarbeit die kommunale Selbstverwaltung und damit – überspitzt – die Existenzberechtigung einer Kommune gefährdet sei, erklärte der CDU-Sprecher.

Die interkommunale Zusammenarbeit hielt Michael Hübner (SPD) für einen Tropfen auf den heißen Stein. Hohe wirtschaftliche Einsparpotenziale oder gar die Rettung der Kommunen seien damit nicht zu erreichen. Der SPD-Sprecher sah auch Grenzen in der praktischen Umsetzung: „Es muss auch immer noch etwas mit Bürgernähe zu tun haben“, meinte er. Außerdem seien bei einigen Formen der Zusammenarbeit einheitliche Steuerhebesätze nötig, und diese würden dann eher nach oben korrigiert. Zudem verwies Hübner auf Beispiele, bei denen sich eine Zusammenarbeit zwischen Städten oder Gemeinden sogar teurer gestaltet hätte als die eigenständige Lösung.

Das Ziel sei richtig, nicht aber der Weg, differenzierte Mehrdad Mostofizadeh (Grüne). Er hielt es für falsch, den Eindruck zu erwecken, das Land könne den Kommunen Nachhilfe erteilen, wie interkommunale Zusammenarbeit funktioniere. Aus seiner Erfahrung in der Kommunalpolitik berichtete er: Ohne Vertrauen sei eine Kooperation wenig hilfreich oder sogar kontraproduktiv. Außerdem hielt er die Erwartungen des FDP-Sprechers für unverhältnismäßig. Man könne nicht mit „ein bisschen Effizienzsteigerung“ ein strukturelles Defizit in Höhe von 2 Milliarden Euro ausgleichen. Wichtiger sei eine ordentliche Finanzausstattung der Kommunen.

Man debattiere eigentlich eine Selbstverständlichkeit, fand Özlem Alev Demirel (Linke). Zweifellos stehe es den Kommunen frei, mit anderen zusammenzuarbeiten, und ob dies sinnvoll sei, könnten die Politikerinnen und Politiker vor Ort selbst beurteilen. Daher hielt die Linke den Antrag für überflüssig und die Einsparpotenziale für „hoffnungslos überbewertet“. Grenzen der Zusammenarbeit sah Demirel erreicht, sobald es an Bürgernähe fehle oder Arbeitsplätze auf dem Spiel stünden. Sie frage sich angesichts zahlreicher im Antrag genannter Einsparmöglichkeiten außerdem, ob die FDP demnächst auch die Stadträte wegrationalisieren wolle.

Innenminister Ralf Jäger (SPD) unterstrich den hohen Druck, der sich aufgrund der leeren Kassen und des demographischen Wandels nicht nur in den Städten, sondern insbesondere auch im ländlichen Raum bemerkbar mache. Er kenne aber eine ganze Reihe guter Beispiele, bei denen die Zusammenarbeit hervorragend funktioniere. Auch die Bereitschaft weiterer Kommunen, sich solchen Modellen anzuschließen, sei außerordentlich groß. Allerdings müsse eine Stelle, die moderiere und Impulse gebe, näher vor Ort sein, nicht in Düsseldorf, wie von der FDP vorgeschlagen. Der Minister kündigte zu dem Thema einen Evaluierungsbericht an.

SOW

Der Antrag (Drs. 15/858) wurde einstimmig zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen. Dort soll die abschließende Beratung in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Foto: Schälte

Causa Kommunalfinanzierung

Ist der neue Verteilungsschlüssel für die Geldzuweisungen an die Kommunen ungerecht oder realitätsnah?

19. Januar 2011 – Das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) regelt, welche Städte und Gemeinden wie viel Geld vom Land erhalten. Den Schlüssel zur Berechnung dieser Finanzaufweisungen wolle die Landesregierung nun per Gesetzentwurf ändern, schreibt die FDP-Fraktion in einem Antrag, und befürchtet eine Benachteiligung des ländlichen Raums (Drs. 15/1062). Die Regierungsfaktionen widersprechen ihr in einer Plenardebatte. Alle Redner beziehen sich auf den von der FDP in den Raum gestellten Gesetzentwurf.



Gemeinden fest. Die Hälfte davon müsse eigentlich der Bund übernehmen – mehr als man hoffen könne. Versprechen des Bundes, etwa die Kommunen nicht aufgrund der Hartz-IV-Gesetze zu belasten, seien nicht eingelöst worden. Außerdem kritisierte der Grüne CDU und FDP: „Sie wollen suggerieren, die Landesregierung hätte den Leuten Geld weggenommen“, obwohl 300 Millionen Euro mehr hinzugekommen seien. Gemeinsam mit den Kommunen wolle man nun das Mögliche ausloten.

„Viel zu knappe Mittel werden lediglich anders verteilt“, problematisierte Özlem Alev Demirel (Linke) die „katastrophale Finanzlage aller Gemeinden“. Sie gönne den Kommunen, die mehr erhielten, dies von ganzem Herzen, fand es jedoch nicht akzeptabel, dass manche Kommunen weniger als bisher bekämen. Positiv bewertete Demirel die stärkere Berücksichtigung der Soziallasten, wunderte sich allerdings in diesem Zusammenhang über niedrigere Zuweisungen für manche Ruhrgebietsstädte. Eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Überarbeitung des Entwurfs sah die Linke in einer finanziellen Grundausstattung, die den Aufgaben der Kommunen gerecht werde.

Kommunalminister Ralf Jäger (SPD) erinnerte zunächst an eine gemeinsame Verabredung, nach der sich noch in Beratung befindliche Gesetzentwürfe nicht zum Gegenstand parlamentarischer Initiativen gemacht werden sollten. In der Sache betonte er, dass den Kommunen mit dem Gesetzentwurf die zweithöchsten Mittel aller Zeiten zugehen würden. Die Städte und Gemeinden sollten nicht länger zur Sanierung des Landeshaushalts herangezogen werden, erklärte Jäger. Eine Aktualisierung der fast zwölf Jahre alten Grunddaten als Basis für die Mittelverteilung sei längst überfällig gewesen. Nun habe man eine gerechte, die Realität spiegelnde Datenbasis. sow

Einen „Spaltpilz“ habe die Regierung mit dem Gesetzentwurf in die kommunale Familie getragen, brachte Horst Engel (FDP) seine Kritik auf den Punkt. Er sprach von einem einzigartigen Vertrauensbruch, denn nachdem die Haushaltsplanungen vor Ort bereits größtenteils abgeschlossen seien, habe die Regierung kurz vor Weihnachten die Kommunen ohne Vorwarnung damit konfrontiert, dass Städte im Durchschnitt „exorbitante Zuschläge“ erwarten könnten, kreisangehörige Gemeinden hingegen unter dem Strich Mittelkürzungen in Millionenhöhe zu verschmerzen hätten. „Überarbeiten Sie den gesamten Entwurf“, empfahl Engel der Koalition.

Auch Peter Biesenbach (CDU) hielt den Gesetzentwurf der Regierung für einen politischen Schnellschuss, der einer homogenen und aufgabengerechten Gemeindefinanzierung nicht gerecht werde und überarbeitet werden müsse. Vonseiten der Kommunen schlage der Landesregierung in der Folge eines handwerklich schlecht gemachten Gesetzes erheblicher Unmut entgegen. Eine Bevorzugung der kreisfreien Städte bewertete der CDU-Politiker als Klientelpolitik. Handwerkliche Fehler sah er etwa darin, dass die Soziallasten der Städte nun doppelt berücksichtigt, „die normalen Bürger und insbesondere die Schüler“ im Gegenzug deutlich abgewertet würden.

Hans-Willi Körfges (SPD) verwies auf die Gewaltenteilung und kritisierte, die FDP mache die

Aufstellung von Haushaltsplänen, originäre Zuständigkeit der Regierung und außerdem noch in Beratung, zur Parlamentsangelegenheit. Die Vorwürfe einer willkürlichen Mittelzuweisung wie auch einer doppelten Berücksichtigung der Soziallasten wies er als falsch zurück. Die neue Berechnungsgrundlage spiegle die tatsächlichen Lebenssituationen vor Ort korrekter wider. „Sie treiben die Kommunen in eine ganz ungesunde Rivalität untereinander“, warf er CDU und FDP vor und sah auch den Bund in der Pflicht, stärker für die Soziallasten der Kommunen aufzukommen.

„Auch dieses GFG wird die finanziellen Probleme der Kommunen nicht lösen können“, stellte Mehrdad Mostofizadeh (Grüne) angesichts der immens gestiegenen Sozialkosten der Städte und



Fotos: Schälte

Der FDP-Antrag (Drs. 15/1062) wurde im Hammelsprungverfahren mehrheitlich abgelehnt. Auch den Entschuldigungsantrag der CDU (Drs. 15/1141) lehnte eine knappe Mehrheit aus SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Linken ab.

Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Bodo Löttgen (CDU)



Marc Herter (SPD)

Insgesamt hat sich die Lage der Städte und Gemeinden ...

... verschlechtert. Mit dem Entwurf des neuen Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) 2011 erleiden 260 Kommunen in NRW über Nacht teils erhebliche finanzielle Einbußen. Die Spaltung des Landes in Gewinner (Stadt) und Verlierer (Land) muss beendet werden. Wir brauchen eine faire und zukunftssichere Lösung im kommunalen Konsens.

... in den letzten Jahren verschlechtert. Immer mehr Aufgaben sind von Bund und Land ohne einen entsprechenden finanziellen Ausgleich auf die Kommunen übertragen worden. Mit dem Regierungswechsel hat die neue Landesregierung damit begonnen, die Kommunal Finanzen wieder auf solide Beine zu stellen, z. B. durch die Aufstockung des GFG um 300 Mio. Euro.

In Anbetracht des frühen Winters, der unter anderem wegen kaputter Straßen auch seine Spuren in den kommunalen Kassen hinterlässt, ist es geboten, in Zukunft vorbeugend ...

... zu handeln. Dem Erhalt kommunaler Infrastruktur kommt in Zeiten des Neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF) besondere Bedeutung zu. Dazu notwendige Rückstellungen für Investitionen sollten administrativ erleichtert und hinsichtlich ihrer wertigen Einordnung im NKF nochmals überprüft werden.

... tätig zu werden. Der präventive Ansatz der Landesregierung „Straßenerhalt vor -neubau“, ist auch für die Kommunen richtig. So schwierig die Finanzsituation in vielen Städten und Gemeinden auch ist, wer zeitnah repariert, spart mittel- und langfristig Geld. Die Umschichtung der entsprechenden Haushaltsmittel macht auch auf kommunaler Ebene Sinn.

In Zeiten klammer kommunaler Kassen bewerte ich den Stellenwert von bürgerschaftlichem Engagement als ...

... unabdingbar notwendig und in seiner Wirkung vielfach unterschätzt. Vor allem mangelt es in Politik und Gesellschaft leider immer noch an Wertschätzung und Anerkennung. Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Herausforderung ist hier Umdenken und Umsteuern angezeigt.

... notwendig und unverzichtbar. Deswegen wird Rot-Grün in dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement auch vor dem Hintergrund der Anforderungen an Beruf und Privatleben verbessern und für eine höhere Anerkennung und Wertschätzung sorgen.

Um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Nordrhein-Westfalen zu sichern ...

... braucht es starke Kommunen. Nur mit einer gerechten und aufgabenangemessenen Finanzausstattung ist kommunale Selbstverwaltung möglich; nur so können unterschiedliche Ansprüche und Bedürfnisse in einer heterogenen kommunalen Landschaft mit Bürgerakzeptanz und -mitwirkung in Einklang gebracht werden.

... ist es notwendig, den Gemeindefinanzausgleich zukunftsgerecht weiterzuentwickeln. Dabei ist eine Entlastung durch den Bund im Bereich der Sozialtransferkosten dringend geboten, um das Ausgleichssystem nicht zu überfordern.

Die Verteilung der Kompetenzen zwischen Land und Kommunen halte ich für ...

... weitgehend angemessen und gesetzlich klar geregelt. Die Haushaltslage aller staatlichen Ebenen wird aber eher früher als später wenig populäre Entscheidungen bei der Reduzierung von Aufgaben und Standards notwendig machen.

... gerechter gestaltbar. Ziel muss sein, möglichst viel Gestaltungsspielraum vor Ort zu erreichen. Das Übertragen von Aufgaben auf die Kommunen darf nicht, wie in der Vergangenheit, zu einem Raubzug durch die kommunalen Kassen führen. Die Konnexität muss wieder strikt eingehalten werden.

Diesmal geht es um die Lage der Kommunen.

Mehrdad Mostofizadeh
(Grüne)



... in der schwarz-gelben Regierungszeit aufgrund kommunalfeindlicher Einschnitte massiv zugespitzt. Grüne und SPD haben mit der Aufstockung der Finanzmittel die Lage leicht entspannen können. Ohne ein Engagement des Bundes sehen viele Städte aber trotzdem kein Licht am Ende des Tunnels.

... die finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen deutlich zu verbessern. Der Bund muss die Kommunen endlich bei den notwendigen Aufwendungen für soziale Transferleistungen entlasten. Dann können auch mehr als nur Schlaglöcher gestopft werden.

... ein Element, um die Qualität gemeinschaftlicher Aufgaben zu verbessern. Bürgerinnen und Bürger sind keine Lückenbüßer, sondern tragen durch ihr kompetentes Engagement zum Gemeinwohl und zum Zusammenhalt bei.

... muss der Bund endlich – wie versprochen (!) – die Kosten für notwendige soziale Leistungen an Bedürftige übernehmen. Das Land muss durch nachhaltige Investitionen in Bildung für Chancengerechtigkeit sorgen.

... optimierbar. Land und Kommunen müssen partnerschaftlich zusammenarbeiten, wie es nun z. B. in der neuen Schulpolitik von Grünen und SPD deutlich wird. Es wird kein Konzept übergestülpt, sondern mit den Verantwortlichen vor Ort gemeinschaftlich entwickelt.

Horst Engel (FDP)



... infolge der Finanzkrise trotz hoher Zuwendungen durch die FDP/CDU-Koalition u. a. beim GFG und Konjunkturpaket II nicht ausreichend stabilisieren können. Die von Rot-Grün geplanten Änderungen im kommunalen Finanzausgleich zu Lasten gerade des ländlichen Raums werden die Lage vieler Kommunen noch verschlimmern.

... kommunale „Masterpläne“ für den Straßenbau aufzustellen, auf deren Grundlage in den Erhalt und in die Konsolidierung kommunaler Infrastrukturen investiert wird.

... unverzichtbar und wünschenswert. Gerade wenn es um Einsparungen und Konsolidierungsmaßnahmen geht, können und wollen Bürgerinnen und Bürger die Zukunft der eigenen Gemeinde mitgestalten.

... muss der kommunale Finanzausgleich über das GFG sehr behutsam und ganzheitlich der aktuellen Entwicklung angepasst werden. Die von Rot-Grün geplante isolierte Anpassung einzelner Parameter ignoriert den ifo-Endbericht und ist kontraproduktiv. Die FDP will nicht, dass unsere Städte und Gemeinden gegeneinander ausgespielt werden.

... optimierungsbedürftig, weil die notwendige Mittelausstattung bei den Leistungsgesetzen des Bundes und des Landes nach dem Konnexitätsprinzip häufig nicht ausreichend beachtet wird.

Özlem Alev Demirel
(Linke)



... dramatisch verschlechtert. Hauptursache sind Beschlüsse im Land und im Bund von CDU, FDP, SPD und Grünen, die zu massiven Steuersenkungen für Unternehmen und Vermögende führten und drastische Einbrüche der Steuereinnahmen zur Folge hatten. Außerdem wurde vielfach das Konnexitätsprinzip – wer bestellt, zahlt – missachtet.

... den Winterdienst auszubauen (ohne Gebührenerhöhung!) und Streumittelvorräte anzulegen. Winter sind planbar. Sie treten etwa alle zwölf Monate auf. Allerdings: Wer im Winter geordnete Verhältnisse will, muss auch bereit sein, den Kommunen mehr Geld zur Verfügung zu stellen.

... sehr wichtig. Ehrenamtliches Engagement darf jedoch nicht missbraucht werden. BürgerInnenarbeit darf nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ersetzen. Gute Arbeit braucht guten Lohn! Eine Sanierung der Kommunalfinanzen kann und darf nicht auf dem Rücken der BürgerInnen erfolgen!

... müssen die Kommunen genug Geld zur Verfügung haben. Die geplante Umverteilung im Rahmen des Gemeindefinanzausgleichs verschlimmert die Probleme nur. Ein neuer Verteilschlüssel ist notwendig, Städte mit vielen ALG-II-EmpfängerInnen brauchen ausreichend Geld vom Land. Für eine Neuverteilung müssen aber mehr Mittel im Topf sein, damit keine Kommune schlechter gestellt wird.

... gar nicht mehr in Ordnung. Die kommunale Selbstverwaltung ist durch strukturelle Unterfinanzierung und Gängelung seitens der Kommunalaufsicht weitgehend ausgehöhlt. Kommunalfinanzen und kommunale Demokratie müssen gestärkt werden. Angebote wie ein kostenloses Sozialticket und kostenloser Eintritt in Kultur- und Sportstätten dürfen nicht untersagt werden.

Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	FEDERFÜHRENDER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE	DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	FEDERFÜHRENDER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
15/1144	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Einrichtung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in Nordrhein-Westfalen, LR	Vorschlag: Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration	1. Lesung 3.2.2011	15/666	Gesetzentwurf zur Änderung des § 76 der Gemeindeordnung NRW (Genehmigung von Haushalts-sicherungskonzepten mit einer längeren Laufzeit), SPD und Grüne	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung 18.2.2011
15/1068	Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land NRW (Artikel 83), CDU – Schuldenbremse –	Haupt- und Medienausschuss	1. Beratung im Ausschuss 17.2.2011	15/484	Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie, FDP	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration	Anhörung geplant
15/1066	Gesetz zur Demokratisierung des Kontrollgremiums, Linke	Rechtsausschuss	1. Beratung im Ausschuss 17.2.2011	15/474	Gesetz zum Erlass eines Bibliotheksgesetzes und zur Änderung der Landschaftsverbandsordnung, CDU	Kulturausschuss	Anhörung 4.5.2011
15/1061	Fünftes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes, SPD und Grüne – Einschulungsalter –	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Anhörung 9.2.2011, gemeinsam mit Drs. 15/135	15/465	Gesetz zur Einleitung von Abwahlverfahren von Bürgermeistern und Landräten durch Bürgerbegehren, Linke	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung 25.3.2011
15/976	Änderung des Landesimmissionsschutzgesetzes, LR	Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	1. Beratung im Ausschuss 16.2.2011	15/135	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes Rücknahme des sogenannten „Turbo-Abiturs“ G8 in der Sekundarstufe I, Linke	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Beratung im Ausschuss am 16.3.2011 2. Lesung im März/April 2011
15/975	Gesetz zur Wiedereinführung der Stichwahl, LR	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung 25.3.2011	15/97	Gesetz zur Verbesserung von Chancengleichheit beim Hochschulzugang in NRW, LR – Studiengebühren –	Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	voraussichtl. Abschluss im Ausschuss 18.2.2011
15/853	Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes – Wärmedämmung und Grenzständige Gebäude, SPD und Grüne	Rechtsausschuss	Anhörung geplant				
15/778	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Justiz im Land NRW, LR	Rechtsausschuss	Abschließende Beratung im Ausschuss 16.2.2011				

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung

In der Plenarsitzung vom 19.- 20. Januar 2011 wurden keine Gesetze verabschiedet.

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtagintern.de Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Die Schuldenmisere der Städte und Gemeinden sei nicht in deren „Verschuldungswillen“ oder in mangelnder Kenntnis der Zusammenhänge begründet, wandten sich die kommunalen Spitzenverbände, vertreten durch Dr. Dörte Diemert und Dr. Christian van Kraack, gegen mögliche Annahmen dieser Art. Das Problem liege vielmehr in der strukturellen Unterfinanzierung der gesamten kommunalen Ebene. Notwendig sei ein Bündel von Maßnahmen, das insbesondere nachhaltige Hilfen beinhalte, die auf längere Sicht einen strukturellen Haushaltsausgleich ermöglichen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise habe die Lage noch verschlimmert, sie sei aber nicht die maßgebliche Ursache für die schlechte Lage.

VERGEBLICHE SPARBEMÜHUNGEN?

In diesen Tenor stimmten alle folgenden Experten ein. Werner Haßenkamp von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW warnte vor einer „Vergeblichkeitsfalle“: Sparrunden, die am Ende aber ohne Erfolg blieben, könnten zu Demotivation und Frust führen. Wenn man für die unterschiedlichen Verschuldungssituationen – „normal“ und „extrem“ – angepasste Hilfen gefunden habe, könne auch das vorgeschlagene System von Belohnungen und Anreizen funktionieren.

Der Mülheimer Stadtkämmerer Uwe Bonan betonte, der Prozess der Konsolidierung müsse vor Ort und nicht durch die Landesregierung gestaltet werden. Dabei seien die Bürgerinnen und Bürger miteinzubeziehen. Einen solchen Ansatz könne man gegebenenfalls auch partiübergreifend umsetzen. Wichtig seien Perspektiven sowie eine Änderung der Finanzausstattung. Für die Aufgaben, die den Kommunen übertragen würden, müssten diese nach dem sogenannten Konnexitätsprinzip auch die notwendigen Mittel erhalten.

SELBSTVERWALTUNG BEDROHT

Über 90 Prozent der kommunalen Aufgaben seien durch EU, Bund oder Land vorgegeben, erläuterte Rainer Häusler, Kämmerer der Stadt Leverkusen. Diese Aufgaben sind nach seinen Angaben strukturell unterfinanziert. So seien etwa im Sektor „Soziales und Jugend“ 76 Prozent der Ausgaben ungedeckt. Dazu kämen die Beiträge für die Lasten der Deutschen Einheit sowie 15 steuerentlastende Gesetze des Bundes in den letzten zwei Jahren, die die kommunalen Finanzierungsgrundlagen massiv belasteten. Aufgrund der gegebenen Handlungsunfähigkeit müsse man feststellen: „Die kommunale Selbst-

„Irgendwann ist die Zitrone ausgepresst“

Sachverständige fordern dringend finanzielle Hilfen für Kommunen

21. Januar 2011 – Die Städte und Gemeinden in NRW stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Nur acht von ihnen schaffen es derzeit noch, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Grund genug für den Kommunalausschuss (Vorsitz Carina Gödecke, SPD), zu einem Antrag der FDP (Drs. 15/125) Sachverständige anzuhören. Die FDP schlägt ein System finanzieller Anreize für Sparanstrengungen vor. Zuvor, so Fachleute in der Anhörung, seien aber Änderungen an der Struktur von Einnahmen und Ausgaben erforderlich. Durch eigene Sparanstrengungen könnten die Kommunen den Schuldenberg jedenfalls nicht überwinden – „irgendwann ist die Zitrone ausgepresst“, unterstrichen die kommunalen Spitzenverbände.



verwaltung steht nicht auf der Kippe, sie ist eine Farce.“ Daher sei es geboten, erstens eine Lösung für die Altschulden zu finden, zweitens die strukturellen Fehler bei der Finanzierung der kommunalen Aufgaben zu beseitigen sowie dann drittens eigene Anstrengungen der Kommunen in Gang zu bringen. Gelingen dies nicht, drohe Politikverdrossenheit in Staatsverdrossenheit umzuschlagen.

Bei den Soziallasten laufe vieles falsch, meinte auch Eberhard Kanski, der Vertreter des Bundes der Steuerzahler NRW. Er plädierte insbesondere für eine Finanzreform auf der Einnahmeseite der Kommunen. Die Gewerbesteuer sei zu ersetzen durch Hebesatzrechte der Kommunen an der Körperschafts- und Einkommensteuer. Außerdem forderte Kanski einen höheren kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer. Und schließlich bedürfe es einer kritischen Überprüfung aller Aufgaben, die die Kommunen – auch im Auftrag anderer Instanzen – wahrnehmen.

Schwimmbäder, Friedhöfe, Feuerwehrgerätehäuser, die Größe des Stadtrats, die Zuschüsse für Vereine: Alle städtischen Einrichtungen und Leistungen seien daraufhin zu überprüfen, ob sie der Einwohnerzahl angemessen seien, forderte Thomas Heil, Kämmerer von Erftstadt. Kontrollieren müsse man außerdem, ob die Einnahmen durch Steuern und Abgaben ausreichen, die Unternehmen, Landwirte, aber auch Einzelpersonen – etwa für die Kinderbetreuung – leisteten. Das erste Ziel müsse ein ausgeglichener Haushalt ohne Kassenkredite (quasi Kontoüberziehung) sein, dann erst könne man über Schuldenabbau reden.

Welcher Konsolidierungspfad am Ende genommen und welche Maßnahmen umgesetzt würden, müsse von der demokratisch legitimierten Selbstverwaltung entschieden werden, ergänzte Michael Faber, Ratscherr aus Bonn. Jedenfalls hätten die Kommunen einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf finanzielle Hilfen des Landes.

cw

+++Meldungen+++

Häftling aus JVA Bochum entsprungen

26. Januar 2011 – Aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bochum ist am 21. Januar 2011 ein Häftling entflohen. Über seinen Kenntnisstand informierte Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) den **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, CDU). Danach konnte der Häftling durch eine Dachluke auf das Dach gelangen und sich durch zwei Sprünge aus sechs bzw. fünf Metern Höhe in Freiheit bringen. Der 26-jährige Untersuchungsgefangene war am 5. September 2010 wegen Fahrerflucht festgenommen worden. Während der Inhaftierung ergaben sich weitere Verdachtsmomente hinsichtlich eines bewaffneten Raubüberfalls, mehrerer Einbrüche, Körperverletzung sowie unerlaubten Waffenbesitzes. Die Fragen des Ausschusses, insbesondere vonseiten der CDU, betrafen die Sicherungsvorkehrungen in der JVA: die Überwachung per Kamera und durch das Sicherheitspersonal in der Überwachungskanzel sowie die generelle Einhaltung der Sicherheitsvorschriften. Besonders kritisch wurde hinterfragt, warum sich der Gefangene kurz vor dem Ausbruch zusammen mit 13 anderen unbewacht in der JVA bewegen konnte. Diesen Zustand habe er sofort beendet, erklärte der Minister. Außerdem sei ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen Fluchthilfe eingeleitet worden.

Winterchaos: Lehren für den Verkehr

27. Januar 2011 – Über Konsequenzen aus dem Winterchaos auf Straße und Schiene hat der **Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr** (Vorsitz Dieter Hilser, SPD) beraten. SPD und Grüne plädierten dafür, dass die Deutsche Bahn (DB) ihren erwirtschafteten Gewinn von 500 Millionen Euro nicht an den Bund ausschütten, sondern direkt investieren solle. Manche Wagons seien älter als 30 Jahre, kritisierte die Linke. Problematisch dabei sei vor allem die derzeitige Konzernstruktur, so die FDP: Die DB Netz solle das erwirtschaftete Geld nicht an den Mutterkonzern abführen müssen, sondern direkt investieren dürfen. Gleichzeitig forderte die Fraktion, die Kommunen bei Schlaglö-

chern und Co. trotz schwieriger Haushaltslage des Landes nicht alleine zu lassen. In diesem Zusammenhang kritisierte die CDU, dass die Regierung den Topf „Straßensanierung“ lediglich mit Geld aus dem Topf „Straßenneubau“ auffülle, unterm Strich aber nicht mehr Geld bereitstelle. Straßenerhalt komme in jedem Fall vor Neubau, bekräftigten hingegen die Grünen. „Der Schwerpunkt ist genau richtig“, sagte auch Verkehrsminister Harry Kurt Voigtsberger (SPD) und kündigte einen Straßen-Bestandsbericht 2010 an. Zudem zeigte der Minister Verständnis für die DB: Der mil-



Illustration: Peter Flock

liardenschwere Schuldenberg schränke deren Handlungsspielraum stark ein. Nun sei es am Bund, auf seine Dividende zu verzichten.

Ältere Menschen im Finanzsektor stärken

26. Januar 2011 – Sachverständige sind der Einladung des **Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) gefolgt, um gemeinsam mit den Abgeordneten über die Situation älterer Menschen im Finanzsektor zu reden. Auf der Grundlage eines entsprechenden Antrags der CDU zielte die Diskussion im Ausschuss auf die Beratungssituation, die Rolle der Filialen, deren Ausstattung und den Bedarf neuer Finanzprodukte. „Kein Mensch will altersspezifische Produkte“, meinte Klaus Uwe Meier von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen. Weil es aber einen Bedarf gebe, die Pflege oder das Leben im Alter finanziell abzusichern, stand doch ein Produkt im Fokus: die Umkehrhypothek. Das ist ein Kreditvertrag, dem eine Immobilie, etwa die eigenen vier Wände, als Sicherheit dient. Die Kreditschuld wird dabei mit der Zeit immer größer und am Schluss mit dem

Verkaufserlös ausgeglichen. Eine solche Umkehrhypothek sei allerdings kein Massenprodukt, erklärte Dr. Annabel Oelman von der Verbraucherzentrale NRW. Insgesamt sahen die Fachleute das Instrument kritisch. Ungeklärt sei etwa, was geschehe, wenn der Immobilienwert kleiner sei als die ausgezahlte Summe mit den Jahren – schließlich sei die Lebenserwartung kaum kalkulierbar. Statt neuer Produkte bräuchten Seniorinnen und Senioren eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ihrer Hausbank, meinte Dr. Martin Theisohn von der Landesseniorenvertretung. Das Vertrauen älterer, gerade vermögender Menschen werde in schlechten Beratungsgesprächen häufig ausgenutzt. Daher plädierten alle drei Gäste für mehr unabhängige Verbraucherberatung. Verärgert zeigten sich Politikerinnen von SPD und Grünen darüber, dass niemand aus der Finanzwirtschaft am Fachgespräch teilnahm. Der Rheinische Sparkassen-Giroverband hatte schriftlich erklärt, dass er viele Maßnahmen eingeleitet habe, um Seniorinnen und Senioren in ihren Bedürfnissen entgegenzukommen. Eine Diskriminierung älterer Menschen bei der Kreditvergabe finde nicht statt. Das sahen die drei Sachverständigen im Ausschuss anders, auch wenn sich eine implizite Benachteiligung kaum nachweisen lasse.

Bonn als Zentrum für Entwicklungspolitik

28. Januar 2011 – Über den Standort Bonn als Zentrum für internationale Entwicklungspolitik informierte sich der **Ausschuss für Europa und Eine Welt** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) vor Ort. Im Bonner Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung begrüßte Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch die Ausschussmitglieder und gab einen Überblick über die Entwicklung Bonns als UN-Standort und als Zentrum für Entwicklungspolitik. In der weiteren Sitzung ging es vor allem um die Gründung der neuen Gesellschaft für Internationale Entwicklungszusammenarbeit (GIZ) mit Sitz in Bonn. Außerdem informierten sich die Abgeordneten über die Arbeit der regionalen EU-Kommissionsvertretung, die ebenfalls in Bonn ansässig ist, und besichtigten die Baustelle des benachbarten World Conference Centers sowie das Haus der Deutschen Welle.

Der Finanzminister und die „böse Zahl“

Heftiger Streit im Ausschuss über neue Haushaltsdaten

27. Januar 2011 – Was hat der Finanzminister gewusst, und wann hat er es gewusst? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Debatte im Haushalts- und Finanzausschuss (stellvertretender Vorsitz: Uli Hahnen, SPD) über die Haushaltspolitik. Hintergründe waren das laufende Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof, bei dem vor allem schuldenfinanzierte Rücklagen in Höhe von 1,3 Milliarden Euro umstritten sind, sowie die neuen Informationen über Mehreinnahmen von 355 Millionen Euro und Minderausgaben von 960 Millionen Euro, die zusammen in etwa ebenfalls 1,3 Milliarden Euro ergeben. Während die Regierungsfractionen von SPD und Grünen den Finanzminister verteidigten, waren CDU, FDP und Linke aus unterschiedlichen Gründen nicht zufrieden. Die CDU beantragte daraufhin eine Sondersitzung des Ausschusses.

Foto: W. Meyer

Das Vertrauen in seine Amtsführung sei schwer erschüttert, attackierten Christian Weisbrich, Dr. Jens Petersen und Christian Möbius seitens der CDU Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans. Auf der Grundlage der vorgeschriebenen monatlichen Haushaltsüberwachung hätte dieser wissen müssen, wie sich die tatsächlichen Ausgaben und Einnahmen entwickelten. Und dies hätte dann beim Nachtragshaushalt, der nun beim Verfassungsgericht gelandet sei, berücksichtigt werden müssen. „Alternativlos“, wie noch letzte Woche vom Finanzminister, aber auch von der Ministerpräsidentin im Plenum dargestellt, sei die darin geplante Schuldenaufnahme also nicht gewesen. Die jetzigen Minderausgaben zeigten, dass der Haushalt 2010, von der vorangegangenen CDU/FDP-Landesregierung beschlossen, eben nicht unterfinanziert gewesen sei, wie von der neuen rot-grünen Koalition bislang behauptet. Der Minister habe die Öffentlichkeit und das Parlament getäuscht.

Walter-Borjans habe am 17. Januar 2011 den Verfassungsgerichtshof über die neuen Haushaltszahlen informiert, so Dr. Robert Orth (FDP). In der Plenardebatte zwei Tage später habe er jedoch kein Wort darüber verloren. „Sie versuchen, den einen gegen den anderen auszuspielen“, beschwerte sich der Parlamentarier über die Informationspolitik des Ministers. Ein Umdenken in Richtung Haushaltskonsolidierung forderte Angela Freimuth

(FDP) auch mit Blick auf die kommende Erörterung vor dem Verfassungsgerichtshof.

„Wir haben es nicht gewusst, als wir im Kabinett den Haushalt beschlossen haben“, verteidigte sich der Finanzminister. Und als er davon erfahren habe, habe er schnell gehandelt und am 17. Januar den Verfassungsgerichtshof, eine Woche später die Öffentlichkeit und weitere drei Tage später den Haushaltsausschuss des Landtags informiert. Eine Verpflichtung, die Information sofort auch im Plenum mitzuteilen, gebe es nicht. Die neuen Zahlen seien allerdings „alles andere als überraschend“. Aufgrund nicht verwirklichter Projekte habe es in den letzten Jahren eigentlich immer einen dreistelligen Millionenbetrag an Einsparungen gegeben. Allerdings habe auch sein CDU-Vorgänger diesen nicht in seine Nachtragshaushalte eingerechnet. Insgesamt habe sich das Berichtsverfahren nicht geändert, so Walter-Borjans.

„DOPPELTE DUPLIZITÄT“

Der Haushalt schließe besser ab als geplant, und das nach der größten Finanzkrise der Nachkriegszeit, verteidigte Martin Börschel (SPD) den Finanzminister. Dies zeige eben dessen Augenmaß und Können. „Wir haben früher und detaillierter informiert als die frü-

here CDU/FDP-Regierung“, erklärte Hans-Willi Körfges (SPD). Der Haushaltsplan für das kommende Jahr habe nichts mit den Ist-Zahlen des laufenden Jahres zu tun, wandte sich Mehrdad Mostofizadeh (Grüne) gegen die Verbindung der aktuellen Zahlen mit dem Nachtragshaushalt.

Keine Klarheit habe der Finanzminister geschaffen über die „böse Zahl 1,3“, erwiderte Rüdiger Sagel (Linke) und wunderte sich über die „doppelte Duplizität“ von 1,3 Milliarden fehlenden und gefundenen Euro. Von dem „wunderbaren Geldsegen“ hätte man die Studiengebühren zehnmal abschaffen können, wandte sich Sagel an SPD und Grüne. „Transparenz ist etwas anderes“, kritisierte er Walter-Borjans; allerdings habe es solches Verhalten auch schon bei dessen CDU-Vorgänger gegeben.

Zu Beginn der Debatte kam es außerdem zum Streit über die nun für später geplante Einbringung des Haushalts 2011. Der Finanzminister plant, den Etat statt zum 2. bis 4. Februar nunmehr erst zum 23. bis 25. Februar 2010 vorzulegen, um die mündliche Verhandlung vor dem Verfassungsgerichtshof über den Nachtragshaushalt 2010 am 15. Februar 2011 abzuwarten. Dies werde an den Haushaltszahlen nichts ändern, kritisierten CDU und FDP übereinstimmend. SPD und Grüne meinten dagegen, die Verzögerung sei aus Respekt vor dem Gericht geboten.

cw

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Verfassungsgerichtshof hat Landesregierung die Kontovollmacht entzogen

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat der Verfassungsgerichtshof die Neuverschuldung eines Nachtragshaushalts per einstweiliger Anordnung angehalten. „Das ist eine gute Entscheidung für die Generationengerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen“, betont der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Karl-Josef Laumann (Foto). Konkret heißt das: Das Gericht bewertet die Belastung künftiger Haushalte durch Zinsleistungen höher als den Eingriff durch eine einstweilige Anordnung in den Gestaltungsspielraum der Landesregierung.

Die CDU-Landtagsfraktion erwartet von der Landesregierung, dass sie verfassungskonforme Haushalte aufstellt. Dass das möglich ist, haben wir mit unserem Entschließungsantrag zum Nachtragshaushalt 2010 gezeigt. Regierungskunst ist, mit dem verfügbaren Geld in den Grenzen der Verfassung zu gestalten. Unsere Pflicht als Opposition ist es, darüber zu wachen, dass die Regierung die Grenzen der Verfassung achtet. Genau deshalb haben wir den Verfassungsgerichtshof angerufen. Wir laden diese Landesregierung ausdrücklich dazu ein, unsere erfolgreiche Konsolidierungspolitik fortzusetzen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Zukunft unseres Sozialstaates zu leisten. Denn unsere Verfassung ist die Verfassung eines Sozialstaates. Wer sie bricht, der schädigt den Sozialstaat. Das machen wir Christdemokraten nicht mit.



Laumann: „Wenn es Frau Kraft nicht gelingt, Haushalte für die Jahre 2010 und 2011 aufzustellen, die die Grenzen der Verfassung einhalten, dann ist sie mit ihrer Philosophie der präventiven Finanzpolitik gescheitert. Verschuldung ist Verrecken der Zukunft unserer Kinder!“ ■



Mindestlohn und Tariftreuegesetz einführen – Leiharbeit begrenzen



Die Zahl der sogenannten klassischen Beschäftigungsverhältnisse wie die unbefristete Beschäftigung zu einem Tariflohn sinkt ständig. An ihre Stelle treten zunehmend die sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnisse in Gestalt von befristeten Arbeitsverträgen, Leiharbeit und Niedriglöhnen. Eine Ursache ist die Auflösung der Tariflandschaft, da dadurch der Druck auf die Unternehmen erhöht wird, das Lohnniveau zu senken – auch bei öffentlichen Aufträgen. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben Lösungsvorschläge entwickelt, um dieser negativen Entwicklung und Abwärtsspirale entgegenzuwirken. So kann die Schwächung der Tarifbindung durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes – mindestens für die untersten Lohngruppen – gestoppt werden. Die Leiharbeit ist ein Instrument zur Behebung von Auftragsschwankungen oder kurzfristigen Personalausfällen, darf aber kein Instrument zum Lohndumping sein. Daher will die SPD im Düsseldorfer Landtag wieder ein Tariftreuegesetz für Nordrhein-Westfalen einführen, damit die tarifvertraglich gebundenen Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen konkurrenzfähig sind.

Wie ein solches Tariftreuegesetz ausgestaltet werden soll, wird die SPD-Fraktion gemeinsam mit Experten bei einer Veranstaltung am Mittwoch, 9. Februar 2011, ab 15.30 Uhr im Düsseldorfer Landtag diskutieren. Dazu laden wir alle Interessierten herzlich ein. Die Anmeldung kann sowohl über unsere Internetseiten erfolgen (www.spd-fraktion.landtag.nrw.de) als auch telefonisch unter 0211/884-2385. ■



Von der Elbe an den Rhein: Die Grüne Fraktion hat einen neuen Pressesprecher

Nachdem der langjährige Pressesprecher Rudi Schumacher im vergangenen Jahr seine Stelle als stellvertretender Regierungssprecher angetreten hatte, machte sich die Grüne Landtagsfraktion



auf die Suche nach einem Nachfolger – und wurde fündig: Er heißt Sebastian Schaffer (Foto) und wurde vor 30 Jahren in dem idyllischen Ostseestädtchen Eckernförde geboren. Der Politikwissen-

schaftler stammt aus einer Musikerfamilie. Sein Großvater verdiente seinen Lebensunterhalt mit dem Schifferklavier, sein Vater ist Schlagzeuger und sein älterer Bruder Musikproduzent. „Mich hingegen gab die Klavierlehrerin schnell verloren. Aber es gibt ja Parallelen zwischen einem Konzert und einer politischen Rede: Anfang und Ende müssen sitzen.“ Mit 18 Jahren trat Schaffer den Grünen bei. „Das Politikangebot der Grünen war für mich das modernste und ehrlichste. Dabei ist es bis heute geblieben.“

Neben dem Studium arbeitete er fast sechs Jahre in der Kieler Landtagsfraktion der Grünen, zuletzt als stellvertretender Pressesprecher. Danach folgten berufliche Stationen als wissenschaftlicher Referent der Bielefelder Bundestagsabgeordneten Britta Haßelmann und als Vorstandsreferent der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus. Zuletzt war er als Persönlicher Referent der Hamburger Bildungssenatorin beschäftigt. Auf die neue Aufgabe freut er sich: „Der Regierungswechsel an Rhein und Ruhr war ein politisches Signal, das noch immer weit über NRW hinaus leuchtet. Es ist spannend, jetzt mit an Bord zu sein.“

Auch in sein Düsseldorfer Büro hängt der neue Pressesprecher wieder ein altes Europawahlplakat der Grünen. „Hören auf die Mittelwelt: Zuhören. Vorausdenken. Mitreden.“ steht darauf. „Das ist für mich die tägliche Mahnung, dass politische Kommunikation sich nicht um sich selbst drehen darf.“

Privat hegt Schaffer eine heimliche Leidenschaft für Spionageromane und reist gerne in seine Lieblingsstadt Stockholm. Außerdem hat er eine innige Beziehung zu seinem klapprigen Saab namens Hillary, benannt nach der US-Außenministerin. Im Alltag nutzt er aber lieber Bus und Bahn. Soviel grün muss sein. ■



FDP-Fraktion: Politische Bildung in der Schule stärken

Die FDP-Landtagsfraktion möchte die politische Bildung in Schulen stärken. Ziel müsse es sein, Kinder und Jugendliche zu mündigen Bürgern zu erziehen und sie vor Geschichtsfälschung zu bewahren. Deshalb fordern die Liberalen verstärkte Bemühungen bei der Aufklärung über Links- und Rechtsextremismus in den Schulen. „Demokratie muss gelebt und verteidigt werden. Der politischen Bildung in der Schule kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, weil Weltbilder in jungen Jahren geprägt werden“, betont die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Ingrid Pieper-von Heiden (Foto). Extremistische Gruppierungen wissen, dass Kinder und Jugendliche leicht beeinflussbar sein können, und versuchen, dies auszunutzen. „Die Aufklärung über rechts- und linksextremistische Parolen, Denkschemata und Geschichtsfälschung muss zentraler Teil des Unterrichts sein.“ Dabei



müsse die Politik die Lehrer an den Schulen unterstützen.

Die deutsche Geschichte ist durch zwei demokratie- und rechtsstaatsfeindliche Regime zutiefst geprägt worden. Die Kenntnisse von Schülern über den Nationalsozialismus sind durch jahrzehntelange Anstrengungen erkennbar. „Dennoch muss die Aufklärung über die menschenverachtende Ideologie und die Verbrechen des nationalsozialistischen Terrorregimes konsequent intensiviert werden“, unterstreicht Pieper-von Heiden.

Anlass zur Sorge bereitet den Freien Demokraten auch das mangelnde Wissen über die DDR. Untersuchungen zeigen, dass Schüler häufig nur unzureichende Kenntnisse über den Versuch einer kommunistischen Diktatur haben. „Die Verharmlosung eines Überwachungsstaates sowie die Verneinung oder Verklärung von Zwangsherrschaft verhöhnern die Opfer politischer Repressalien“, mahnt die Bildungsexpertin. „Die Landesregierung muss die Aufklärungsarbeit der Schulen auch über das DDR-Unrechtsregime und die Verbrechen anderer kommunistischer Regime verstärken“, sagt Pieper-von Heiden. ■



Der Finanzminister und die wundersame Geldvermehrung

DIE LINKE im Landtag fordert konkrete Aufklärung bei Finanzaktionen. Gerade erst hatte der Verfassungsgerichtshof in Münster angeordnet, den Nachtragshaushalt 2010 nicht abzuschließen und keine weiteren neuen Schulden aufzunehmen. Da findet der Finanzminister plötzlich und ganz unerwartet riesige Summen. Das soll Zufall sein? Hat der Finanzminister die Öffentlichkeit aus Vorsatz oder Unvermögen nicht rechtzeitig informiert? Ist das Parlament bewusst hinters Licht geführt worden?



Rüdiger Sagel (Linke)

Der Finanzminister macht keine gute Figur. Erst vor einigen Tagen offenbarte eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, dass dem Ministerium die Orientierung verloren gegangen ist, bei wem genau das Land NRW mit Milliarden verschuldet ist. Nun ändert sich

der Haushalt um 1,3 Milliarden Euro! Statt von vornherein Transparenz darüber herzustellen, wohin öffentliche Gelder fließen und woher sie kommen, lässt der Minister das Parlament und die Öffentlichkeit im Dunkeln.

1,3 Milliarden Euro sind kein Kleingeld. Damit hätte man die sofortige Abschaffung der Studiengebühren, der sich SPD und GRÜNE beharrlich verweigern, ebenso finanzieren können wie z.B. die Verbesserung der Situation in den Kindertagesstätten.

DIE LINKE will eine transparente Finanzpolitik und exakte Informationen. Mit einer erneuten Kleinen Anfrage wollen wir Licht ins Dunkel bringen. Die Landesregierung muss Rechenschaft ablegen und im Einzelnen die Herkunft der Finanzmittel nachweisen.

Auf der anderen Seite leisten CDU und FDP mit ihrem unkontrollierten Gebaren ebenfalls keine konkrete Aufklärungsarbeit. Vielmehr scheint es ihnen nur um Showerfolge und Ablenkung von den eigenen Fehlern der Vergangenheit zu gehen. Denn CDU und FDP haben uns in Nordrhein-Westfalen mit ihrer katastrophalen Verschuldungspolitik und dem WestLB-Desaster an den Rand der finanziellen Handlungsfähigkeit gebracht. ■



Lob an die „Ruhris“

Positive Bilanz der Kulturhauptstadt 2010

26. Januar 2011 – Ein Jahr lang konnte sich das Ruhrgebiet auf europäischer Bühne als Kulturmetropole neu erfinden und präsentieren. Ob die Region mit ihren 53 Städten und Gemeinden diese Chance nutzte, und wie es um die weiteren Perspektiven für Kultur an der Ruhr steht, fragten nun die Abgeordneten im Kulturausschuss (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD). Die Geschäftsführer der Ruhr.2010 GmbH, Dr. Fritz Pleitgen und Prof. Dr. Oliver Scheytt, zogen dort eine positive Bilanz. Zugleich forderten sie die Akteure der Landes- und der Kommunalpolitik auf, auch zukünftig städteübergreifende Kulturprojekte zu stärken und zu fördern.

„Kultur kann zu einer Volksbewegung führen“, meinte Pleitgen im Ausschuss. Dies habe die Metropole Ruhr im Jahr der Kulturhauptstadt bewiesen. Über 5,3 Millionen Menschen hätten die kulturellen Angebote in der Region für sich entdeckt. Allein das Weltkulturerbe Zeche Zollverein in Essen habe in den zurückliegenden Monaten rund 2,2 Millionen Besucherinnen und Besucher gezählt, erklärte Scheytt. Damit sei das Wahrzeichen der Kulturhauptstadt erstmals unter den 15 beliebtesten Sehenswürdigkeiten in Deutschland vertreten.

Der gesamten Region sei es 2010 gelungen, durch gemeinsames Handeln über Stadtgrenzen hinweg ein gewandeltes Image des Ruhrgebiets als neue Metropole mit „europäischem Modellcharakter“ zu vermitteln, lobte Scheytt. In weltweit über 40 Ländern habe es mehr als 2.500 Medienberichte über die Metropole Ruhr gegeben; die deutschen Medien berichteten 65.000 Mal über das Kulturprogramm und die Region. Der Erfolg der Kulturhauptstadt, so die beiden Geschäftsführer, sei das Ergebnis einer „vorbildlichen Gemeinschaftsleistung“ aller beteiligten Akteure in den Städten, im Land, auf Bundesebene und in der Europäischen Union. „Eine einzelne Stadt hätte dies niemals schaffen können“, betonte Scheytt. Umso mehr müsse nun in den Städten des Ruhrgebiets, in der Region und auch auf Landesebene „sehr konzen-

triert“ daran gearbeitet werden, die entstandenen Netzwerke von Kulturschaffenden und Kulturförderern zu erhalten und den Erfolg der Kulturhauptstadt nachhaltig zu sichern. Ausdrücklich warnten die Geschäftsführer die Akteure im Ruhrgebiet davor, in alte Handlungsweisen zu verfallen und die Kulturszene ausschließlich innerhalb von Stadtgrenzen fördern zu wollen. Die städteübergreifenden Kulturangebote dürften nicht „zerfleddert oder filetiert“ werden. Dann sei das „Risiko eines Rückfalls“ für das Ruhrgebiet groß, so Pleitgen.

Besonders lobte er die Bereitschaft der Menschen im Ruhrgebiet, sich mit eigenen Ideen und großem Engagement an den Kulturveranstaltungen beteiligt zu haben und sich auch weiterhin beteiligen zu wollen. So habe beispielsweise das Projekt „Still-Leben“ im Juli 2010 „alle Erwartungen gesprengt“. Über 1,2 Millionen Bürgerinnen und Bürger waren damals an einem Sonntag auf den Beinen, um auf der abgesperrten A 40 gemeinsam ein Kulturfest zu feiern und auf der Autobahn ihre persönlichen Vorstellungen von Kultur im Ruhrgebiet zu präsentieren. Pleitgen deutete an, dass in einigen Jahren durchaus über eine Neuauflage dieses Großprojektes nachgedacht werden müsse. „Die Leute verlangen danach“, so sein Eindruck. Über weitere Anschlussprojekte werde bereits konkret gesprochen, so

etwa über ein mögliches Sommerfest auf den Halden des Ruhrgebiets. In diesem Kontext zeigte sich Scheytt zuversichtlich, dass man zukünftig auch ohne großes Budget – „durch intelligente Lösungen“ – ein ansprechendes Kulturprogramm an der Ruhr anbieten könne.

„AM BALL BLEIBEN“

Lobende Worte für die Arbeit der Ruhr.2010 GmbH, fanden die kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprecher aller fünf Fraktionen. Es sei der Kulturhauptstadt gelungen, „mit frischen Bildern dem alten Image entgegenzutreten“, sagte Monika Brunert-Jetter (CDU). Das Ruhrgebiet müsse jetzt „am Ball bleiben“ und die kommunale Zusammenarbeit fortführen. Angela Freimuth (FDP) hob positiv hervor, dass die Kulturangebote von Ruhr.2010 ein breites Publikum und nicht nur die kulturelle Elite angesprochen hätten. Wie auch Oliver Keymis (Grüne) und Gunhild Böth (Linke) rief sie dazu auf, besonders die Freie Kulturszene im Ruhrgebiet weiter zu stärken. Der Ausschussvorsitzende Dr. Fritz Behrens (SPD) fasste zusammen, die Initiative der Menschen im Ruhrgebiet sei die beste Grundlage für die weitere, nachhaltige Entwicklung der Region. Das sei eine Aufgabe für alle engagierten „Ruhris“.

SW

Porträt: Karl-Josef Laumann (CDU)



Der Mann hat Schwein. Abseits der turbulenten Düsseldorfer Politik erdet sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Josef Laumann in seiner kleinen Landwirtschaft im heimischen Riesenbeck. Ein Borstenvieh, ein paar Hühner, Kaninchen und ein Gemüsegarten sind das schönste Hobby des auf dem Bauernhof aufgewachsenen Münsterländers. Für die Familie baut der dreifache Vater mit dem einachsigen Traktor in der knappen Freizeit eigene Kartoffeln an.

Der 53-Jährige Christdemokrat sticht mit seiner Biografie aus der Abgeordnetengilde zahlreicher Anwälte und Lehrer heraus. Als gelernter Maschinenschlosser hat Laumann eine lange Ochsentour von der Arbeit im Blaumann bis hin zum Arbeitsminister und Fraktionsvorsitzenden mit schwerer Dienstlimousine zurückgelegt. Bis 1990 arbeitete der bodenständige Politiker in einem Betrieb – zuletzt auch als Betriebsrat. Danach war Laumann 15 Jahre lang Bundestagsabgeordneter und wechselte 2005 als Landtagsabgeordneter und Arbeits- und Sozialminister ins schwarz-gelbe Kabinett Rüttgers nach Düsseldorf.

Laumann hat das Politikgeschäft von der Pike auf gelernt. 25 Jahre lang saß der CDU-Politiker im Rat der Stadt Hörstel, war zeitweilig Kreisvorsitzender der Jungen Union in Steinfurt und führt seit nunmehr 24 Jahren die Kreispartei in Steinfurt. Seit 2004 ist Laumann Bezirksvorsitzender der CDU im Münsterland und Mitglied im CDU-Präsidium. Sein Herz hängt an den CDU-Sozialausschüssen, die der hemdsärmelige Mann mit den kräftigen Händen als Nachfolger von Norbert Blüm seit 2005 bundesweit leitet. Längst gilt das IG-Metall-Mitglied mit dem Hauptschulabschluss als soziales Gewissen der Union. Der frühere Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hatte der CDU-Fraktion seinen Freund Karl-Josef vor

Jahren durchaus treffend vorgestellt: „Er weiß noch, was Arbeit ist.“

Der Sozialpolitiker Laumann kennt aus eigener Erfahrung, wo den kleinen Leuten der Schuh drückt. Die handfeste, klare Sprache des deftigen Redners mit dem westfälischen Zungenschlag kommt nicht nur im Bierzelt an. Im Duell mit seinem studierten Parteifreund Armin Laschet um den CDU-Fraktionsvorsitz hatte Laumann die Nase knapp vorn. Laumann ist Teamspieler: Heute arbeitet er in der Fraktion eng mit Laschet zusammen.

Der Abschied vom Ministeramt nach der verlorenen Landtagswahl im Mai 2010 hat den 1,90-Mann bis ins Mark getroffen. Der Schock über den Verlust des Traumjobs ist überwunden. Seine Hauptaufgabe sieht der Oppositionsführer im Ziel, die CDU wieder zurück in die Regierung zu führen. Dafür wirbt Laumann fast jeden Abend in irgendeinem Saal im Lande für seine Partei. Dass der frühere Minister nach 20 Jahren Sozialpolitik als Fraktionsführer mit Mitte 50 ein breiteres Themenfeld bedienen muss, erlebt Laumann inzwischen als durchaus reizvolle Bereicherung.

ALPHATIERE

Der kurze Draht zum neuen CDU-Landeschef Norbert Röttgen hilft bei der internen Abstimmung. Das Verhältnis der beiden Alphatiere der NRW-CDU sei „sehr in Ordnung“, betont Laumann. Die beiden total verschiedenen Politikertypen ergänzen sich blendend.

„Opposition ist Mist“, hatte der damalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering schon vor Jahren geklagt. Laumann spürt den begrenzten Einfluss auf den Oppositionsbänken, sucht aber einen Weg, die CDU nicht nur in der Schulpolitik von innen zu verändern und wieder regierungsfähig zu machen. Rot-Grün tritt der überzeugte Konservative in politischen Debatten energisch gegenüber. Laumann lehnt eine Totalverweigerung aber entschieden ab und zeigt sich im Einzelfall durchaus gesprächsbereit.

Als Mitglied im Schützenverein „St. Hubertus Birgte“ und als praktizierender Katholik pflegt Laumann ein enges Verhältnis zur Heimatgemeinde. Der Multifunktionär ist Vorsitzender der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) im Kreis Steinfurt mit rund 5.000 Mitgliedern. Am Wochenende kann man den geselligen Münsterländer schon mal per Fahrrad durchs Dorf radeln sehen. Laumann ist verankert in der ländlichen Region und hat sein Leben lang im idyllischen Örtchen Birgte gewohnt. Schon in der Grundschule hat der Bauernsohn viel Nähe gespürt: Die Zwergschule im Dorf war die kleinste in ganz Nordrhein-Westfalen. *Wilfried Goebels*

FCL: Mit Elan in die neue Saison

Den Aufwärtstrend der vergangenen Saison fortsetzen will der FCL, die Fußballmannschaft des Landtags. Dafür hat sich der FCL mit neun neuen Mitgliedern verstärkt, so dass die Gesamtmitgliederszahl nunmehr 111 beträgt. Bei der Spielplanung fürs laufende Jahr ist das Spiel gegen Air Berlin in der Bundeshauptstadt am 20. Mai 2011 fest ins Auge gefasst. Dieses wird geschickterweise am Vortag des DFB-Pokalendspiels stattfinden. Nachgeholt werden soll in den nächsten Monaten das letzte Jahr ausgefallene Spiel gegen das Team der Westdeutschen Zeitung. Des Weiteren will man sich verstärkt um Spiele gegen andere Landtage bemühen. Mögliche Ziele für die selbstfinanzierte Auslandsreise des FCL sind Polen und Bulgarien.

Die positive Bilanz des Jahres 2010 drückt sich für den FCL auch in Zahlen aus. In sechs Spielen wurden 9 von 18 möglichen Punkten (Torverhältnis 16:15) geholt, ein Jahr zuvor waren es noch 8 von 21 möglichen Punkten (Torverhältnis 16:20). Bei Hallenturnieren in Dortmund und Mönchengladbach belegte er den 5. bzw. den 3. Platz. Vereinsinterner Torschützenkönig wurde Werner Mayer mit fünf Treffern. Elf aktuelle bzw. ehemalige Abgeordnete trugen 2010 das Trikot des FCL: Günter Langen, Werner Jostmeier, André Stinka, Hubert Kleff, Jürgen Unruhe, Willi Nowack, Sören Link, Bernhard Tenhumberg, Walter Kern, Werner Lohn, Jens Petersen und Dietmar Brocks. Neben der aufsteigenden Spielbilanz fand auch die Spielkultur lobende Worte von Trainer Wolfgang Euteneuer.

Hans Zinnkann

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen
Eckhard Uhlenberg
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),
Sonja Wand (sow, Redakteurin),
Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Redaktionelle Mitarbeit:

Sebastian Wüwer (sw), Daniela Braun (bra, Trainee)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Armin Laschet MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Britta Altenkamp MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Sigrid Beer MdL (Grüne), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Michalowsky (Linke), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapschack (SPD), Pressesprecher; Sebastian Schaffer (Grüne), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Gerhard Miltzer (Linke), stv. Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 2. bis zum 22. Februar 2011

4.2. Priggen, Reiner (Grüne)	58
10.2. Biesenbach, Peter (CDU)	63
10.2. Wolf, Sven (SPD)	35
11.2. Krautscheid, Andreas (CDU)	50
11.2. Klocke, Arndt (Grüne)	40
16.2. Uhlenberg, Eckhard (CDU)	63
17.2. Böth, Gunhild (Linke)	59
17.2. Lohn, Werner (CDU)	53
17.2. Conrads, Anna (Linke)	32
17.2. Brems, Wibke (Grüne)	30
18.2. Laschet, Armin (CDU)	50
18.2. Dr. Brinkmeier, Michael (CDU)	43
18.2. Dr. Orth, Robert (FDP)	43
21.2. Kieninger, Gerda (SPD)	60
22.2. Beer, Sigrid (Grüne)	55

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

6.2. Röhrig, Theo (SPD)	75
12.2. Reis, Hans-Joachim (CDU)	85

Film zur Landtagswahl 2010 nun auch auf DVD



„Jede Stimme zählt“ – den Film rund um die spannenden Ereignisse der Landtagswahl 2010 gibt es nun auf DVD. Schulklassen können ihn ab sofort per E-Mail bestellen: email@landtag.nrw.de. Parallel dazu ist der Film auch auf der Internetseite des Landtags abrufbar.

Empfang

Der Landtag empfängt am 15. Februar 2011 ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger des Volksbundes Kriegsgräberfürsorge. Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg und der Landesvorsitzende des Verbandes, Dr. Fritz Behrens, werden ihnen eine gemeinsame Urkunde überreichen.

Nächstes Plenum: 23.-25. Februar 2011. Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 23. Februar 2011.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälat Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 3. Februar 2011 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Was tun, wenn?

„Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen oder an die Volksvertretung zu wenden.“ Der Artikel 17 unseres Grundgesetzes ist die Basis für die Arbeit des Petitionsausschusses. Bürgerinnen und Bürger können sich an den Landtag wenden, wenn sie sich durch staatliche Stellen ungerecht oder ungleich behandelt beziehungsweise benachteiligt fühlen. Was genau eine Petition ist, wie man den Petitionsausschuss erreichen kann, was mit einer Petition passiert, erklärt die neue Broschüre „Der Petitionsausschuss“. Außerdem wird anhand von Beispielen deutlich, wie der Ausschuss arbeitet, welche Möglichkeiten und Grenzen er hat. Sie ist kostenlos bei der Pressestelle (Tel. 0211 884-2851) oder beim Petitionsausschuss (Tel. -2417) des Landtags erhältlich.

Montage: Schälte/de Haar